

Haushaltsrede 06.10.2022

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten,  
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,  
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
sehr geehrte Frau Korff und sehr geehrter Herr Betz vom BBV,

wieder liegt ein Jahr hinter uns, was im Wesentlichen geprägt war durch die Corona-Pandemie. Bund und Land haben viele Milliarden Euro an Hilfgeldern zur Verfügung gestellt, um die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern.

Bei aller Kritik, die es bezüglich der unterschiedlichsten Maßnahmen gegeben hat, können wir uns glücklich schätzen, dass es die vielfältigen Hilfen von Bund und Land gegeben hat.

Für Rhede stelle ich fest, dass die Rheder Unternehmen unterm Strich gut durch diese herausfordernde Krise gekommen sind. Trotz großer Befürchtungen hat es keine Insolvenzwellen gegeben und bei den Gewerbesteuererinnahmen können wir ein sattes Plus verzeichnen.

Danke an alle Rheder Unternehmerinnen und Unternehmer für dieses gute Ergebnis. Hoffen wir, dass die derzeitige Materialknappheit zukünftig nicht zu einem Einbruch führen wird.

I.

Wie immer stelle ich die wesentlichen Ergebnisse des Entwurfs des Haushalts für das Jahr 2022 kurz vor, bevor unser Kämmerer Hermann-Josef Schmeing nachfolgend die Zahlen ausführlicher erläutern wird.

Der Haushaltsentwurf 2022 endet im Ergebnisplan mit einem Fehlbetrag von 603.000 Euro. Der Fehlbetrag wird durch die Ausgleichsrücklage ausgeglichen, die in den letzten Jahren stetig aufgefüllt werden konnte und aktuell bei 8.114.000 Euro steht. Wir sprechen somit von einem fiktiv ausgeglichenen Haushalt.

Im Haushaltsentwurf 2022 bleiben die Hebesätze zu den Steuerarten Grundsteuer A (316 v.H.) und Grundsteuer B (625 v.H.), sowie zur Gewerbesteuer (430 v.H.) unverändert.

Der Bedarf an Investitionskrediten ist nach wie vor groß und wird im Finanzplan abgebildet. Danach nähern wir uns im städtischen Haushalt bis 2025 einer Verschuldung von ca. 38,607 Mio. Euro.

Erfreulich ist die Entwicklung der Gewerbesteuer. Für den Haushalt 2022 kalkulieren wir hier mit Erträgen von 11,2 Mio. Euro und damit im Vergleich zum Haushalt 2021 mit einer Steigerung von 1,4 Mio. Euro.

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer steigt dagegen nur um 500.000 € auf 10,2 Mio. Euro (Vorjahr 9,7 Mio. Euro). Und gerade diese Steuer, die zweite tragende Säule der städtischen Einnahmen, bereitet dem Kämmerer und mir langfristig Sorgen.

Auch wenn die Einwohnerzahl von Rhede, aufgrund der erfreulich guten Geburtenraten der letzten Jahre eher leicht steigt, als sinkt, so lässt die Altersstruktur, aufgrund des demographischen Wandels befürchten, dass der Anteil an der Einkommenssteuer weiter absinken wird, weil viele in Rhede lebende erwerbstätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Rentenalter erreichen werden und aus dem Erwerbleben ausscheiden.

Wir werden die Entwicklung im Auge behalten müssen.

Bei der **Gewerbesteuer** hat es durch einige Kommunen leider in den letzten Jahren einen Unterbietungswettbewerb gegeben. Dabei wird der Gewerbesteuerhebesatz extrem nach unten gesetzt, mit dem Versuch, Unternehmen durch Ausgliederung von Unternehmensteilen im Rahmen der Gewinnabführung anzulocken. Dies hätte zur Folge, dass die Kommunen mit Sitz des produzierenden Gewerbes die Flächen und die Infrastruktur zur Verfügung stellen, die abwerbenden Kommunen lediglich Büroräume, im Extremfall reine Briefkästen, bereithalten und einen wesentliche Teil der Gewerbesteuereinnahmen erhalten. Dieser unlauteren Praxis gilt es entschieden entgegen zu treten. Auch der Städte- und Gemeindebund bezieht dagegen klar Stellung.

Für das Haushaltsjahr 2022 bekommt die Stadt Rhede vom Land NRW wieder eine **Aufwands- und Unterhaltungspauschale** von 288.000

Euro. Dass es diese zweckungebundene Pauschale, unabhängig von der Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune gibt, ist zu begrüßen. Nachdem die Städte und Gemeinden aus den „alten Bundesländern“ fast 30 Jahre finanzielle Aufbauhilfe an die neuen Bundesländer gezahlt haben, wird das Geld hier im Westen für Sanierungen dringend benötigt.

Der Wunsch aller Kommunen ist aber nach wie vor, dass mehr mit Pauschalen gearbeitet wird, anstatt mit einer Vielzahl von Förderprogrammen, die immer mit viel Arbeit und in letzter Zeit, wegen der Kurzfristigkeit, mit Zeitdruck verbunden sind.

Bei den **Kosten der Unterkunft (KdU)**, für die der Bund schon 2021 mehr Geld zur Verfügung gestellt hat, hat es in einigen Kreisen heftige Diskussionen gegeben, weil diese das Geld für eigene Ausgaben einsetzten und somit davon nicht die kreisangehörigen Kommunen profitierten.

Ein herzliches Dankeschön an den Kreis Borken für den kreisumlagenmindernden Einsatz dieser Gelder.

Positiv ist auch, dass der Kreis Borken, im Vergleich mit anderen Kreisen, eine sehr niedrige **Kreisumlage** hat. Dabei ist nicht der Hebesatz allein entscheidend, denn durch die hohe Steuerkraft der kreisangehörigen Kommunen ergibt sich dennoch eine hohe Zahlungslast.

Rechnet man die Kreisumlage aber wiederum auf den Pro-Kopf-Anteil um, ist feststellbar, dass der Kreis Borken zu den Kreisen mit der geringsten Umlage pro Kopf zählt.

Die vom Land für Rhede ermittelte Bedarfsmesszahl für die Berechnung der Schlüsselzuweisung beträgt 26.311.069 €. Die tatsächliche Steuerkraftmesszahl liegt bei 26.345.844 € und damit um 34.775 € über den Bedarf, den das Land ermittelt hat. Dies hat zur Folge, dass Rhede für 2022 keine **Schlüsselzuweisungen** erhält.

Über die Schlüsselzuweisung ist viel gestritten worden. Die Bedarfsparameter wurden durch ein Gutachten abermals angepasst. Es hat Veränderungen bei der Einwohnergewichtung gegeben und Unterschiede bei den Hebesätzen der kreisfreien und kreisangehörigen

Kommunen wurden berücksichtigt. Mit der neuen Bewertung hat sich auch der Städte- und Gemeindebund einverstanden erklärt.

Was die coronabedingten Belastungen anbetrifft, so werden wir durch den Kunstgriff mit dem COVID19-Isolationsgesetz 950.000 € für 2022 an pandemiebedingten Belastungen aus dem städtischen Haushalt isolieren. Dass diese Schulden irgendwann dennoch zu tilgen sind, ist uns allen bewusst und verfälscht das eigentliche Ergebnis. Mit diesen 950.000 € würde die Planung für 2022 nicht mit einem negativen Ergebnis von 603.000 € enden, sondern mit – 1.553.000 €.

Für Rhede kann ich festhalten, dass wir **bisher gut die Corona-Pandemie gemeistert haben**. Die Arbeitslosenzahlen für Rhede befinden sich nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Arbeitslosenzahlen für den Kreis Borken liegen aktuell um 0,1 % niedriger als vor Corona.

Bei den Umlagen steht, neben der Kreisumlage, auch die **Landschaftsumlage** immer im Fokus der Kämmerer und Bürgermeister. Am 17. und 18. August dieses Jahres hatten wir eine zweitägige Bürgermeisterklausurtagung mit dem Kreis Borken in Münster. Ein Termin führte uns zum LWL und dort ergab sich ein intensiver, wie auch interessanter Austausch. Da der LWL für die Jahre 2020 und 2021 einen Doppelhaushalt verabschiedet hatte, somit Corona bei der Aufstellung dieses Doppelhaushaltes im Jahr 2019 noch gar keine Berücksichtigung finden konnte, waren wir in Sorge, was da an zusätzlichen Belastungen im Rahmen der Umlage auf die Kommunen zukommt.

Für den Kreis Borken erhöht sich die Umlage für 2022 von 96 Mio. Euro auf 102 Mio. Euro, also eine Mehrbelastung von 6 Mio. Euro.

Oft wird der LWL mit Kultur und Museen in Zusammenhang gebracht. Wer sich aber mit den Haushaltszahlen des LWL auseinandersetzt, wird feststellen, dass die Ausgaben für Kultur und Museen nur einen kleinen Teil der Ausgaben ausmacht. Das Gesamtvolumen für Kultur und Museen liegt ungefähr auf Höhe der jährlichen Mehrbedarfe.

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist für Menschen in besonderen Lebenssituationen. Ungefähr 4.000 Menschen aus dem Kreis Borken erhalten aktuell Leistungen vom LWL in einer Größenordnung von ca. 125

Mio. Euro. Bei einer Umlagebeteiligung des Kreis Borken von 102 Mio. Euro für 2022 wird deutlich, dass wir nicht unerheblich von den Leistungen des LWL profitieren.

Insofern können wir uns glücklich schätzen, dass es den LWL gibt und er sich um diese bedürftigen Menschen kümmert.

II.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, das Jahr 2021 geht ins letzte Viertel und mit der Haushaltseinbringung ist die Zeit für einen Rückblick und Ausblick gekommen.

Neben der 3. und gefühlt 4. Corona-Welle im Jahr 2021 gab es zahlreiche Herausforderungen in allen Fachbereichen der Verwaltung.

Aber erlauben Sie mir einen kurzen Schwenk auf **Corona**. In meiner Haushaltrede für den Haushalt 2021 habe ich von der Hoffnung gesprochen, dass uns hoffentlich bald ein Impfstoff gegen das Corona-Virus zur Verfügung steht, damit wir schnellstmöglich zum normalen Leben zurückkehren können.

Im Fokus der Öffentlichkeit und der Kritik Ende letzten Jahres stand dabei Gesundheitsminister Jens Spahn. Der Impfstoff, so einige Vorwürfe, wurde zu wenig bestellt, wie konnte man die Bestellungen auf mehrere Hersteller aufteilen, anstatt voll auf BioNTech/Pfizer zu setzen und dann auch noch, solidarisch, Bestellungen über die EU usw. usw.

Und heute?

Wir haben Impfstoff satt und genug, jeder der sich impfen lassen wollte, konnte sich impfen lassen. Es müssen Impfdosen inzwischen schon entsorgt werden, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Mein Fazit ist, dass Deutschland und damit Herr Spahn einen guten Job gemacht haben.

Jetzt liegt es an jedem Einzelnen von uns, der Pandemie ein Ende zu setzen durch Annahme der Impfangebote. Eine deutschlandweite Impfquote von knapp über 64% ist aus meiner Sicht viel zu gering. Da muss mehr kommen.

Solidarität, Verantwortung für sich und für die Gemeinschaft sind jetzt gefragt.

Nicht richtig finde ich und diese Kritik sei mir erlaubt, dass die kostenlosen Corona-Tests für Geimpfte und Genesene eingestellt werden. Wie allgemein bekannt, können auch Geimpfte und Genesene sich weiterhin infizieren und andere anstecken. Solange nicht allen Menschen ein Impfangebot gemacht werden kann und damit sind Kinder unter 12 Jahren gemeint, ist es eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, auch diese Personengruppe weiterhin zu schützen. Hier sehe ich eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Kinder.

In der Mai-Ratssitzung haben wir mit einstimmigem Beschluss die Modernisierung des **Medizin- und Apothekenmuseums** auf den Weg gebracht. Es lässt sich jetzt schon erahnen, welche Sogwirkung das neue Stauwehr mit dem Klostergelände und dem erweiterten und für die Öffentlichkeit zugänglichen Museumsgelände haben wird. Die Baustelle des Stauwehrs zieht bereits jetzt viele Menschen an und es gibt sehr viele positive Rückmeldungen. Wir können uns alle auf 2024 freuen, wenn sämtliche Arbeiten hoffentlich abgeschlossen sind.

Am 14. Oktober kommt die Ministerin Frau Ina Scharrenbach zur Übergabe des Förderbescheids „Heimatzeugnis“ nach Rhede ins Museum.

Anfang September fassten die Räte in Bocholt und Rhede in zeitgleich stattfindenden Sitzungen den Beschluss zur Realisierung des **Radschnellweges RS2**, ein weiterer Meilenstein für die Entwicklung unserer Stadt und der ganzen Region. Wir hoffen, dass bereits im nächsten Jahr mit den ersten Arbeiten begonnen werden kann.

Wie der Tagespresse zu entnehmen war, plant in Bocholt eine Initiative ein Bürgerbegehren gegen den Bau des Radschnellweges auf den Weg bringen zu wollen. Ein solches Bürgerbegehren ist aber nach §26 Absatz 5 Nr. 4 GO unzulässig.

Insofern schließe ich mich der rechtlichen Einschätzung meines Bürgermeisterkollegen Thomas Kerkhoff an. Sollte über die Zulässigkeit eines solchen Antrags politisch beraten werden, ist die Entscheidung keine politische, sondern eine rechtliche. Alle Stadtverordneten haben in der konstituierenden Ratssitzung einen Eid abgelegt und sich damit u.a. verpflichtet, die Gesetze zu beachten. Insofern darf es hier nur einen

einstimmigen Beschluss über die Unzulässigkeit eines solchen Antrags geben.

Das **Stadtentwicklungskonzept** steht, nach fast 3 Jahren, kurz vor der Verabschiedung. Dass dieses Verfahren so lange gedauert hat, liegt zum einen an der Corona-Pandemie, zum anderen aber auch an den intensiven Beratungen innerhalb der Verwaltung und in den politischen Gremien. Für diesen intensiven Meinungsaustausch möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken. Dieses Konzept wird unser Leitfaden für die nächsten Jahre in der Entwicklung unserer Stadt sein.

Auch schon seit einiger Zeit befassen wir uns mit dem **Mobilitätskonzept**. Coronabedingt musste die im November 2020 geplante Auftaktveranstaltung mit Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine Online-Beteiligung im Frühjahr 2021 ersetzt werden. Am 25. Oktober diesen Jahres findet ein Stadtrundgang statt, um sich vor Ort an kritischen Bereichen ein Bild machen zu können. Wir hoffen, dass dieses Konzept im nächsten Jahr abgeschlossen werden kann.

Wie durch den Kämmerer und mir mit der Haushaltseinbringung 2021 angekündigt, müssen wir uns mit der **Priorisierung** der vielen anstehenden Projekt befassen, immer unter den Gesichtspunkt, was sich die Stadt Rhede finanziell leisten kann, Stichwort: Schuldentragfähigkeit der Kommune.

Unser Kämmerer Hermann-Josef Schmeing hat hierzu ein Arbeitspapier erstellt, was jetzt mit den politischen Fraktionen als Grundlage weiterer Beratungen genutzt werden soll.

Rhede steht in den kommenden Jahren vor großen finanziellen Herausforderungen. Neben der Sanierung der Gesamtschule steht der Neubau der Overbergschule an. Wie teuer der Bau einer Grundschule werden kann, haben Berichte in der Presse aus Hamminkeln gezeigt. Von Gesamtkosten in Höhe von 27,5 Mio. Euro ist die Rede.

Dass die Baukosten in den nächsten Jahren sinken, damit ist nicht wirklich zu rechnen. Neben der allgemeinen Materialknappheit kommt jetzt noch der Wiederaufbau der Flutgebiete aus dem Sommer dieses Jahres hinzu. Allein dort wird Material und Arbeitskraft in nicht vorstellbarer Größenordnung benötigt.

Die Sanierung der **Gesamtschule** geht gut voran. Mit dem neuen Architekturbüro sind wir sehr zufrieden. Frau Catteleans, die verantwortliche Architektin, erweist sich wirklich als Glücksgriff. Aber auch unser Team aus dem Hochbau leistet hervorragende Arbeit, unterstützt und arbeitet gut zu. Gleiches gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Fachbereich 20 und unsere IT-Experten aus dem FB10. Danke an alle Beteiligten, für ihren großartigen Einsatz. Die Sanierung der GESA ist unser Prio-1-Projekt.

Nach den Herbstferien werden wir der Gesamtschule den ehemaligen Realschultrakt komplett saniert übergeben können. Die dortigen Klassen sind schon nicht mehr mit Whiteboards, sondern mit elektronischen Tafeln ausgestattet. Hier wurden technische Neuerungen während der Bauphase kurzerhand mit umgesetzt.

Vom Bauablauf her steht jetzt, endlich möchte man fast schon sagen, das Forum an. Dieser Bauteil wurde vom neuen Architekturbüro noch einmal komplett umgeplant. In dieser Woche wird bereits mit den Vorarbeiten zur Erstellung der Bodenplatte begonnen. Wenn die Arbeiten am Forum im Herbst nächsten Jahres abgeschlossen sind, ist der Großteil der Sanierungsarbeiten geschafft und die Baustelle wird den Schulbetrieb kaum noch beeinträchtigen. Parallel zu den Arbeiten am Forum werden die Naturwissenschaftlichen Räume entlang der Büssingstraße saniert. Paralleles Arbeiten an unterschiedlichen Bauteilen, ist leider auch erst mit dem Wechsel des Architektenbüros möglich.

Wir werden nach den Herbstferien eine Führung für die Fraktionen anbieten, damit Sie sich alle über den Baufortschritt vor Ort informieren können.

Während des Lockdowns, als alle Sportvereine geschlossen und Sportanlagen gesperrt waren, zeigte sich, dass wir für die Jugendlichen, die nicht in Sportvereinen organisiert sind, kaum oder zumindest zu wenige Angebote in Rhede haben. Eine durch die Jugendlichen in Eigenleistung errichtete **Mountain-Bike-Strecke** im Wald hinter dem Klärwerksgelände musste aus verschiedensten Gründe leider geschlossen werden.

Die Gründe im Einzelnen habe ich mit den Jugendlichen, vor Umsetzung der Sperrung, besprochen und allgemeines Verständnis erhalten.

Um das Angebot für Freizeitaktivitäten in Rhede zu erhöhen, sind im Haushalt 2022 für die Errichtung eines Mountain-Bike-Parks 50.000 € eingestellt worden. Ein mögliches Gelände für einen solchen Park könnte die ehemalige Spielplatzfläche am Winkelhauser Esch sein. Aufgrund der örtlichen Nähe zum Hallen- und Freibad wären hier Synergieeffekte nutzbar.

Aufgrund der hohen Geburtenzahlen der letzten Jahre steht ein weiterer Ausbau der **Kita-Plätze** an. Über eine Übergangslösung beraten wir zurzeit intensiv verwaltungsintern. Im Ergebnis werden wir aber auch über den Neubau eines weiteren Kindergartens zu beraten haben.

Der für 2026 politisch beschlossene Rechtsanspruch der Eltern auf einen **OGS-Betreuungsplatz** wird ebenfalls einen Ausbau an den Grundschulen nach sich ziehen. Beim Neubau der Overbergschule wird dieser zusätzliche Bedarf in der Planung berücksichtigt, bei den Standorten der Pius- und Ludgerusschule werden wir uns damit noch auseinandersetzen müssen.

Insofern haben wir mit der Umsetzung des in diesem Jahr kurzfristig aufgelegten Förderprogramms „Ausbau des Ganztags“ die bereitgestellten 205.000 € beim Ausbau des Dachgeschosses an der Ludgerus-Grundschule, sinnvoll eingesetzt. Damit reagieren wir aber nur auf den aktuellen und noch nicht auf dem zukünftigen Bedarf.

Am 26.09.21 war **Bundestagswahl**. Das Ergebnis mag hier im Rat von den Fraktionen unterschiedlich bewertet werden. Positiv ist, dass die Ränder rechts und links geschwächt wurden und die politische Mitte gestärkt. Wichtig für Deutschland ist sicherlich auch, dass die SPD aus einer fast Bedeutungslosigkeit zurückgekehrt ist und wir mit dem Wahlergebnis auch wieder eine starke Opposition im Bundestag bekommen werden. Dass die AFD nicht länger die stärkste Oppositionspartei ist, ist auch ein erfreuliches Ergebnis. Bleibt nur zu hoffen, dass die neue Regierung nicht wieder so lange auf sich warten lässt.

Mitte Juli dieses Jahres kam die **große Flut** in einigen Teilen Deutschlands, auch NRW wurde betroffen. Viele Menschen haben ihr Leben verloren, mal abgesehen von Hab und Gut. Die Regionen sind nach wie vor vollständig zerstört, ein Wiederaufbau wird Jahre dauern. Es ist unfassbar, was Naturgewalten anrichten können.

Damit dürfte jedem klar sein, dass der Klimawandel kein Mythos ist, sondern bittere Realität. Nach extremen Dürrejahren 2018 und 2019, die Schäden in den Wäldern anrichteten und die Ernte in der Landwirtschaft derart reduzierte, so dass staatliche Hilfen erforderlich wurden, war der nasse Sommer mit viel Regen und den Hochwasserereignissen in diesem Jahr ein weiterer trauriger Höhepunkt.

Während die einen vom Weckruf sprechen, kommt immer noch als Gegenreaktion das Argument, dass Deutschland nur 2%-Anteil am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat. Aber rechtfertigt das allein ein immer weiter so?

Es ist auf kommunaler Ebene, ebenso wie auf Landes- und Bundesebene feststellbar und spürbar, dass Politik allein den Klimawandel nicht stoppen kann. Jeder Einzelne von uns ist gefragt zu überlegen, was er tun kann, um dem 1,5 Grad-Ziel zum Erfolg zu verhelfen. Ich sage nur: „Steter Tropfen höhlt den Stein“ oder „Kleinvieh macht auch Mist“.

Die Politik kann nur den Rahmen vorgeben, wie beispielweise die Frage der versiegelten Flächen in Baugebieten. Ob dieser Rahmen jetzt vollständig ausgeschöpft wird, entscheidet jeder Bauherr selbst. Ich hoffe, dass sich alle Bauwilligen der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst sind. Wenn ein Umdenken nicht erzielt werden kann, wird auch darauf Politik früher oder später reagieren müssen. Jeder Bauherr hat es an dieser Stelle selbst in der Hand, etwas für den Klimaschutz zu tun. Deshalb mein Appell: Handeln Sie klug und handeln Sie verantwortungsbewusst im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes.

Um auf Hochwasserereignisse noch besser vorbereitet zu sein, haben die Anrainerkommunen entlang der Bocholter Aa jetzt ein gemeinsames **Hochwasserschutzkonzept** verabschiedet. Die kreisweite Öffentlichkeitsbeteiligung ist diese Woche gestartet. Dabei wird nicht nur vorgestellt, was die Kommunen (Bocholt/Rhede/Borken und Velen) für einen besseren Schutz vor einem hundertjährigen Hochwasserereignis

(HQ100) umsetzen werden, es gibt auch viele Hinweise für jeden Einzelnen zum Eigenschutz.

Eines sollte uns aber immer bewusst sein: Gegen so ein extremes Ereignis wie Mitte Juli dieses Jahres können wir uns nicht absichern. Dann gilt es einzig und allein Menschenleben zu retten.

Der Katastrophenschutz gewinnt durch solche Ereignisse weiter an Bedeutung. Ich bin froh, dass wir unsere Freiwillige Feuerwehr Rhede mit modernster Technik und Fahrzeugen ausgestattet haben, die Messpegel an unseren Flussläufen modernisiert wurden bzw. werden, die Stauwehranlagen in Rhede wieder instandgesetzt sind und die Kommunen interkommunal in allen Belangen gut zusammenarbeiten. So können wir professionell auf Extremereignisse reagieren.

### III.

Beim Stellenplan haben wir einen Zuwachs von 2,82 Stellenanteilen geplant. Wie der ausführlichen Beschlussvorlage unter dem TOP2 zur heutigen Sitzung entnommen werden kann, wird die Personalsituation sehr genau analysiert und dort, wo Einsparungen möglich sind, auch solche vorgenommen.

Im Vergleich mit anderen Kommunen unserer Größenordnung liegen wir beim Personalbestand im oberen Drittel. Eine solch rein zahlenmäßige Betrachtung wäre aber zu kurz gegriffen. Es muss immer berücksichtigt werden, was an besonderen Herausforderungen in den Kommunen ansteht.

In Rhede wird derzeit viel saniert, erneuert und umgebaut. Viele Gebäude und Anlagen aus den 60er und 70er Jahren genügen nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Diese Mammutaufgabe stellt nicht nur finanziell, sondern auch personell in der Umsetzung eine große Herausforderung dar. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber auch gezeigt, dass wir die Aufgaben nicht dadurch schneller, einfacher und mit weniger Personalressourcen hinbekommen, wenn wir diese auf externe Büros übertragen. Es bedarf nach wie vor einer engen, intensiven und an vielen Stellen unterstützenden Begleitung durch Fachleute aus der Verwaltung.

Und hier führt die Aufgabenerledigung hin und wieder auch zu Unmutsäußerungen Dritter, oft auch der Politik, weil nicht nachvollziehbar ist, warum Dinge nicht schneller erledigt werden können.

Es mag die Fehleinschätzung vorliegen, dass mit der politischen Beschlussfassung der Punkt erledigt ist. Dabei steckt der Teufel, wie es so schön heißt, im Detail. Ein Beispiel, was einen Ausschnitt möglicher Probleme wiedergibt, ist sicherlich die Entwicklung des „Mümken-Geländes“. Gefühlt sollte es schon seit 1-2 Jahren an die Umsetzung gehen. Dann gab es verschiedenste Verzögerungen in der Planung und zuletzt wiederholt durch artenschutzrechtliche Prüfungen. Solche Schleifen verursachen in der Verwaltung eine Menge Arbeit, bindet Personal und führt in der Folge zu Verschiebungen anderer Projekte.

Wenn dann noch

- der Neubau des Stauwehrs,
- der Ausbau der Ludgerus-Schule um zwei weitere OGS-Betreuungsräume,
- der Anbau am Feuerwehrgerätehauses,
- die Modernisierung des Museums und
- wieder ein weiterer Neubau eines Kindergartens

unterstützend begleitet werden müssen, zeigt das, dass in der Verwaltung, bis an die Grenze der Belastbarkeit, gearbeitet wird.

Und dann war da ja auch noch Corona. Zur Bekämpfung der Pandemie wurde sehr viel Personal mit insgesamt ca. 20.000 Arbeitsstunden gebunden und fehlt damit zur Aufgabenerledigung an anderer Stelle, so dass dies auch noch Auswirkungen auf die Arbeiten in 2022 haben wird.

Der Ruf nach mehr Personal ist aber auch nicht immer die richtige Lösung. In der bbv-Ausgabe vom 25.09.21 war zu lesen, das Bocholt Probleme hat, offene Stelle, gerade im technischen Bereich, zu besetzen. Mit diesem Problem kämpfen alle Kommunen. Gute Leute können in der Privatwirtschaft meistens mehr Geld verdienen und um die wenigen geeigneten Bewerber, die nicht auf den letzten Euro schauen und sich auf Stellen im öffentlichen Dienst bewerben, kämpfen dann alle Kommunen.

Dem Verwaltungsvorstand ist aber auch wichtig, dass wir aktuelle Mehrbedarfe aufgrund der Aufgabenvielfalt bewältigen können, bei sinkenden Aufgaben in den Folgejahren aber wieder ein verträglicher Abbau von dann möglicherweise vorhandenen Personalüberhängen durch den Übergang von Personal in den Ruhestand, möglich ist.

IV.

Bevor Ihnen jetzt der Haushaltsentwurf durch unseren Kämmerer vorgestellt wird, möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei unserem Kämmerer Hermann-Josef Schmeing, seinem Stellvertreter Martin Bröker und dem gesamten Team für die geleistete Arbeit der letzten Wochen bedanken. Mein Dank gilt auch allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, am Bauhof, dem Klärwerk, der Haustechnik und in den Schulsekretariaten. Sie alle haben wieder einmal, auch unter Corona-Bedingungen, hervorragende Arbeit geleistet.

Auch Ihnen meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordneten, danke ich für Ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit und freue mich auf die anstehenden Haushaltsberatungen mit Ihren Fraktionen.